

POLICY TRACKER

**AKTUELLES ZU POLITIK, REFORMEN UND AUSWIRKUNGEN
AUF DIE WIRTSCHAFT IN DER UKRAINE**



Q3 2025

VORWORT

Wir stellen Ihnen unseren ersten vierteljährlichen Policy Tracker vor. Das Konzept ist einfach: Wir informieren unsere Mitglieder in wichtige regulatorische Änderungen, die im Laufe des Quartals umgesetzt oder in Betracht gezogen wurden. Der Policy Tracker soll nicht jedes wichtige Gesetz abdecken. Vielmehr hebt er Neuerungen hervor, die für Unternehmen interessant sind.

Der Policy Tracker besteht aus zwei Teilen: 1. gesetzliche Neuerungen, die im Laufe des Quartals bereits umgesetzt wurden, und 2. vorgeschlagene Gesetzesnovellen.

Wir wählen nur Gesetzesentwürfe aus, die eine solide Chance auf Annahme haben, und erläutern die Gründe hierfür.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung dazu, wie Ihr Unternehmen von den Gesetzesvorlagen betroffen wäre.

Im aktuellen Policy Tracker behandeln wir unter anderem die Aufhebung des Wirtschaftsgesetzbuchs der Ukraine und die Umsetzung des Lobbying-Gesetzes. Zu den Gesetzesentwürfen, die eine Aufmerksamkeit verdienen, gehören das Rahmengesetz zur Industriepolitik, der Gesetzesentwurf zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen und die obligatorische ESG-Berichterstattung.

Viele Grüße

WESENTLICHE RECHTLICHE ÄNDERUNGEN



#Verträge #Unternehmen

DAS GESETZ ÜBER JURISTISCHE PERSONEN UND DIE AUFHEBUNG DES WIRTSCHAFTSGESETZBUCHES SIND IN KRAFT GETRETEN

Status Quo: Juristische Personen wurden sowohl durch das Zivilgesetzbuch als auch durch das Wirtschaftsgesetzbuch geregelt. Die meisten staatlichen Unternehmen (SOEs) sind juristische Personen in Formen, die nicht im Zivilgesetzbuch vorgesehen sind. Viele Verträge beziehen sich auf Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches.

Politische Änderung: Das Wirtschaftsgesetzbuch wird aufgehoben. SOEs haben drei Jahre Zeit, sich in LCC (GmbH) oder JSC (AG) umzustrukturieren oder liquidiert zu werden.

Warum dies wichtig ist: Wenn Ihr Vertragspartner ein SOE ist, kann es sein, dass dieses umstrukturiert oder liquidiert wird. Klauseln in Ihren Verträgen, die sich auf Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches beziehen, könnten unwirksam oder nichtig werden.

Was zu tun ist: Beobachten Sie den Umwandlungsprozess der staatlichen Unternehmen, mit denen Sie Geschäfte tätigen. Überarbeiten Sie Ihre Musterverträge hinsichtlich der Verweise auf das Wirtschaftsgesetzbuch. Lassen Sie sich von Rechtsanwälten beraten, ob Sie bestehende Verträge ändern müssen.



#PPP #rebuild_Ukraine ÄNDERUNGEN DES PPP-GESETZES VERABSCHIEDET

Status quo: PPP-Projekte in der Ukraine entwickeln sich vor allem aufgrund von Schlupflöchern und Auslassungen im PPP-Gesetz nur langsam.

Politische Änderung: Durch Änderungen des PPP-Gesetzes sollen bürokratische Hindernisse für PPP-Projekte beseitigt werden.

Warum dies wichtig ist: PPP-Projekte werden dadurch viel einfacher durchzuführen sein. Darüber hinaus wird erwartet, dass neben der Regierung auch lokale Behörden PPP-Projekte vorschlagen werden.

Was zu tun ist: PPP-Projekte in der Ukraine in Betracht ziehen. Sie können entweder eigene Projekte vorschlagen oder bei [DREAM](#) nach Projekten suchen, die von der Regierung und lokalen Behörden vorgeschlagen wurden.



#Lobbying #Legislative TRANSPARENZREGISTER (FÜR LOBBYISTEN) EINGEFÜHRT

Status quo: Das Gesetz über Lobbyarbeit wurde verabschiedet, aber mangels funktionierenden Transparenzregisters noch nicht in die Praxis umgesetzt.

Politische Änderung: Das Transparenzregister wurde eingeführt, nun müssen sich alle, die Lobbyarbeit betreiben, darin registrieren lassen.

Warum dies wichtig ist: Dies betrifft nicht nur professionelle Lobbyisten oder Wirtschaftsverbände. Auch normale Unternehmen, die Beamte zur Änderung von Gesetzen oder Vorschriften bewegen, müssen sich registrieren lassen.

Was zu tun ist: Überprüfen Sie Ihre Kontakte zu Beamten im Hinblick auf die Einhaltung des Lobbygesetzes.



#Finanzen #Forderungen #Factoring DAS GESETZ ZUM FACTORING IST IN KRAFT GETRETEN

Status quo: Factoring war bisher nur unzureichend durch das Zivilrecht geregelt.

Politische Änderung: Ein umfassendes Gesetz zum Factoring. Ein öffentliches Register und ein E-System für Factoring werden eingerichtet.

Warum dies wichtig ist: Die politische Änderung ist marktbildend. Für Unternehmen mit erheblichen Forderungen ist dies eine Chance, dringend benötigte Factoring-Dienstleistungen zu besseren Konditionen in Anspruch zu nehmen.

Was zu tun ist: Überlegen Sie gemeinsam mit Ihrer Finanzabteilung, wie Ihr Unternehmen von dem neuen Gesetz profitieren kann.

INITIATIVEN



#Mobilisierung #Mitarbeiter

GESETZENTWURF 13673 ÜBER DIE ÜBERSCHREITUNG DER AUFENTHALTSDAUER IM AUSLAND

Status quo: Derzeit besteht keine Haftung für die Überschreitung der Aufenthaltsdauer im Ausland an sich.

Mögliche politische Änderung: Einführung einer strafrechtlichen Haftung für die Überschreitung der Aufenthaltsdauer im Ausland durch Wehrpflichtige.

Aussichten für den Gesetzentwurf: Hohe Chancen auf Verabschiedung, da es sich um einen Regierungsentwurf handelt.

Warum dies wichtig ist: Kann sich auf Unternehmen auswirken, wenn sie an der Ausreise von Mitarbeitern beteiligt waren, die später nicht in die Ukraine zurückgekehrt sind. In solchen Fällen könnten Unternehmen oder ihre Manager von der Staatsanwaltschaft als Mittäter strafrechtlicher Verstöße angesehen werden. Außerdem kann dies zu Reputationsrisiken für Unternehmen führen.

Was zu tun ist: Prüfen Sie, ob Ihre Verfahren zur Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland rechtlich abgesichert sind. Wenn Sie sich gegen den Gesetzentwurf aussprechen möchten, teilen Sie uns dies bitte mit.



#ESG #Berichterstattung

GESETZENTWURF 13598 ZUR ESG-BERICHTERSTATTUNG

Status quo: Derzeit ist die ESG-Berichterstattung in der Ukraine nicht verpflichtend. Darüber hinaus ist eine solche Berichterstattung unter den in der Ukraine tätigen Unternehmen nicht weit verbreitet.

Mögliche politische Änderung: Es wird vorgeschlagen, die ESG-Berichterstattung zu einem Teil der Berichtspflicht für große und/oder börsennotierte Unternehmen zu machen.

Aussichten für den Gesetzentwurf: Da es sich um einen Regierungsentwurf handelt, sind die Chancen für eine Verabschiedung hoch.

Warum dies wichtig ist: Generell könnte die ESG-Berichterstattung ukrainische Unternehmen für Investoren attraktiver machen, darunter auch deutsche Investoren, die auf Umwelt- und Ethikfragen achten. Je nach den technischen Anforderungen könnte eine solche Berichterstattung jedoch zu einer zusätzlichen Belastung oder nur zu einer Formalität werden.

Was zu tun ist: Unternehmen, die dies für wichtig halten, empfehlen wir daher, die technischen Entwicklungen im Gesetzentwurf und den nachfolgenden Vorschriften zu beobachten.



#Reproduktionstechnologien #Gesundheitswesen

GESETZENTWURF 13683 ÜBER ASSISTIERTE REPRODUKTIONSTECHNOLOGIEN

Status quo: Diese Frage ist im ukrainischen Recht nicht speziell geregelt.

Mögliche politische Änderung: Einführung einer Regelung für assistierte Reproduktionstechnologien.

Aussichten für den Gesetzentwurf: Hohe Chancen auf Verabschiedung, da es sich um einen Regierungsentwurf handelt.

Warum dies wichtig ist: Es handelt sich um eine marktbildende (oder marktverändernde) Regelung.

Was zu tun ist: Wenn assistierte Reproduktionstechnologien zu Ihren Geschäftsinteressen gehören, lesen Sie den Gesetzentwurf und teilen Sie uns mit, wenn Sie Änderungen für wünschenswert halten.



#Lokalisierung #Fertigung

GESETZENTWURF 13688 ZUR HAFTUNG BEI NICHTEINHALTUNG VON LOKALISIERUNGSANFORDERUNGEN

Status quo: Bei Verstößen gegen Lokalisierungsanforderungen bei öffentlichen Beschaffungen besteht keine unmittelbare Haftung. Oftmals werden Lokalisierungsanforderungen verletzt.

Mögliche politische Änderung: Einführung einer administrativen Haftung für Verstöße gegen Lokalisierungsanforderungen bei öffentlichen Beschaffungen.

Aussichten für den Gesetzentwurf: Hohe Chancen – obwohl der Gesetzentwurf nicht von der Regierung stammt, sondern von mehreren einflussreichen Abgeordneten initiiert wurde: zwei Ausschussvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion.

Warum dies wichtig ist: Beamte, die öffentliche Beschaffungen durchführen, würden die Lokalisierungsanforderungen viel sorgfältiger erfüllen.

Was zu tun ist: Diejenigen, die an öffentlichen Ausschreibungen in der Ukraine teilnehmen, sollten verstärkt darauf achten, dass die Beschaffungsstellen die Lokalisierungsvorschriften einhalten. Wenn Sie nach Analyse des Gesetzes zu dem Schluss kommen, dass dessen Durchsetzung aus praktischer Sicht problematisch wäre, reichen Sie bitte Ihre Vorschläge ein.



#Investitionen #FDI #FDIscreening

GESETZENTWURF 14062 ZUR ÜBERPRÜFUNG AUSLÄNDISCHER DIREKTINVESTITIONEN

Status quo: In der Ukraine gibt es keine Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (FDI).

Mögliche politische Änderung: Einführung eines Überprüfungsmechanismus unter der Verantwortung des Wirtschaftsministeriums und unter Beteiligung mehrerer Behörden.

Aussichten für den Gesetzentwurf: Die Chancen stehen gut, da der Gesetzentwurf von Kernmitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung, darunter dessen Vorsitzender, vorgelegt wurde.

Warum dies wichtig ist: Es könnte Auswirkungen auf das Investitionsklima in der Ukraine haben. Unternehmen, die Geschäfte mit Russland tätigen, könnten Einschränkungen unterliegen.

Was zu tun ist: Prüfen Sie den Gesetzentwurf daraufhin, ob er sich auf Ihre potenziellen Investitionen in der Ukraine auswirken oder umgekehrt die ukrainischen Märkte, auf denen Sie tätig sind, schützen könnte.



#Fertigung #Industriepolitik

GESETZENTWURF 11331-Д ZUR INDUSTRIEPOLITIK

Status quo: Der Gesetzentwurf zur Industriepolitik wurde bereits früher zusammen mit alternativen Gesetzentwürfen vorgelegt. Der aktuelle Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer Überarbeitung dieser Entwürfe und stellt die aktualisierte Fassung dar, die auf Beschluss des Ausschusses vorgelegt wurde.

Mögliche politische Änderung: Einführung eines allgemeinen Rechtsrahmens für die nationale Industriepolitik.


Aussichten für den Gesetzentwurf: Die Chancen stehen gut, da der Gesetzentwurf auf Beschluss des Ausschusses vorgelegt wurde.

Warum dies wichtig ist: Die Ukraine hat einen dringenden Bedarf an Reindustrialisierung, insbesondere im Verteidigungssektor.

Was zu tun ist: Hersteller sollten den Gesetzentwurf prüfen und Vorschläge unterbreiten, wie die Umsetzung in der Praxis verbessert werden kann.



 info@ukraine.ahk.de

 vul. Antonovycha 18 UA - 01024 Kyjiw, Ukraine

 AHK Ukraine



Mykola Boichuk

Senior Manager Advocacy und Regierungsbeziehungen

Mykola.Boichuk@ukraine.ahk.de



Oksana Diachenko

Manager Advocacy und Regierungsbeziehungen

oksana.diachenko@ukraine.ahk.de

